Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 213 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 12. September 1931

Im Triebwerk.

Die Londoner Guillotine. — Mit „Diplomatie" geölt. Der Käfig von Versailles.

Die Guillotine arbeitet —, aber man darf dabei nicht an das Menschenköpfen der französischen Revolution denken. Diese „Guillotine" arbeitet nämlich im Englischen Unterhaus, und was sie „köpft", sind nur Abgeordnetenreden, -anträge, -anfragen. Diese „Mutter der Parlamente" besitzt eine — ungeschriebene, rein gewohnheitsrechtliche — Geschäftsordnung von größter Schärfe, die etwa eine Obstruktion in bestimmten Fällen einfach zur Unmöglichkeit macht. Vor Mißbrauch schützt die englischen Parlamentarier aber auch wieder dasselbe Gewohnheitsrecht, das aus der einfachen Erwägung entsteht: Was heute Mehrheit ist, kann morgen — nach etwaigen Neuwahlen — zur Minderheit geworden sein. Da hütet man sich als Mehrheit vor Beschlüssen oder Maßnahmen, unter denen man als Minderheit leiden könnte. Ebenso ist's mit den etwaigen „Notverordnungen" des englischen Ministeriums bestellt, das in diesem Falle übrigens nach altem verfassungsgeschichtlichen Gebrauch als „Rat des Königs" fungiert, aber nach demselben Gebrauch auch nur finanzielle „Notverordnungen" erlassen darf; heute handelt es sich um solche innerhalb des großen englischen Sparprogramms. Trotz dieser, auch in der Geschichte Englands recht ungewöhnlichen Situation arbeitet der ganze, verfassungsrechtlich-parlamentarisch, also recht komplizierte Apparat, ohne zu stocken oder zu Ausnahmebestimmungen seine Zuflucht zu nehmen. Er arbeitet sogar schnell und jene „Guillotine" ist mehr eine Art Drohung. Hat doch das Kabinett Macdonald eine feste Mehrheit hinter sich und daher treibt die Arbeiterpartei zwar Opposition gegen ihren früheren Führer, vermeidet aber — weil zwecklos — eine Obstruktion, die in solchen Fällen, bei derartig folgenschweren und einschneidenden Beschlüssen, wie sie im Sparprogramm der englischen Regierung gefordert sind, auf dem Kontinent wohl in allen Parlamenten einsetzen würde.

*

Um so stockender, unbehilflicher, fruchtloser „arbeitet" der Apparat in Genf, der alles verzögernde, hinausschiebende Völkerbund. Nicht etwa, daß dieses Räderwerk knarrt oder sonstwie unangenehme Töne hören läßt! Dafür ist das Getriebe viel zu sehr mit „Diplomatie" geölt. Freilich ergibt sich damit auch nur ein Leerlauf! An der Entscheidung des Haager Gerichtshofes über die deutsch-österreichische Zollunion ging die Versammlung „sprachlos" vorbei, nahm sie nur zur Kenntnis, nachdem die „Großen" ihren Spruch getan und — gefällt hatten. Und Diplomatie mag man es nennen, wenn zum Thema: Kommende Abrüstungskonferenz lange Reden gehalten, menschenfreundliche Vorschläge gemacht oder empfohlen werden, — hinter diesen Vorschlägen und Empfehlungen jedoch immer ein „Ja, aber . . ." zu hören ist. Ganz anders selbst als diese rhetorischen Leistungen ist die Wirklichkeit. Italien hat gerade ein Luftmanöver von phantastischen Ausmaßen hinter sich — 1000 Flugzeuge beteiligten sich daran und „malten" ein Bild von der unsagbaren Grauenhaftigkeit eines Angriffskrieges von heute — und in Frankreich wird als Herbstmanöver die Marneschlacht des September 1914 „kopiert". Natürlich unter Einsetzung des Kriegsmaterials, wie es sich seitdem entwickelt hat. „Generalidee" ist wohl die, festzustellen, ob der kriegsmächtigste Staat der Welt heute besser gegen einen Einfall von Osten her „gesichert" sei als 1914; da verrichteten nämlich die Engländer das „Wunder an der Marne"! So ganz paßt diese Wirklichkeit auf dem zweimal übertobten Kampfgelände doch wohl nicht zu den Genfer Reden über Abrüstung und Völkerversöhnung, aber gleichzeitig ist die französische Öffentlichkeit von rechts bis weit nach links hinüber fest entschlossen, auf dem alten Standpunkt zu verharren: Erst „Sicherung", dann „Abrüstung"! Was nun aber für Frankreich „Sicherung" ist, wann man dort mit ihr zufrieden ist, — darauf gibt es ebensowenig eine Antwort in Genf wie auf der kommenden Abrüstungskonferenz.

*

Über Leerlauf seines innenpolitisch-finanziell-wirtschaftlichen Verwaltungsapparates kann sich das deutsche Volk aber nicht „beklagen", obwohl genug Klagen über die Erzeugnisse dieser Notverordnungsmaschine laut geworden sind. Mit Recht oder mit Unrecht, — aber ihre Arbeit ist doch notwendig, weil nichts unterlassen werden darf, um die allgemeine Not zu wenden oder doch zu mildern, sie auszugleichen. Daß eine neue Welle von Verordnungen kommt, kommen muß, jetzt, da wir einem Winter voll schwerster Sorgen entgegengehen, ist ja bekannt, und daß sie wieder tief Einschneidendes bringen werden, kann man sich nach den bisherigen Erfahrungen unschwer denken. Auch hierbei dürfte es sich hauptsächlich um Maßnahmen handeln, die — wie es jetzt gerade schon in Bayern und Preußen selbständig versucht wurde — die Haushalte der öffentlichen Hand vom Reich bis zu den Kommunen in Einnahmen und Ausgaben besser ausgleichen sollen; ähnlich also wie in England — nur unter unvergleichlich größeren Schwierigkeiten! Diese haben ja nicht nur in der ganzen Notlage unseres heutigen Daseins als Volk und Staat ihren Grund, sondern hinzu kommen noch — anders wie in England — die innenpolitisch-parlamentarischen Hemmungen. Es kriselt um den Außenminister. Von rechts her macht man ihm schwere Vorwürfe, daß und wie er in Genf den deutsch-österreichischen Zollunionsplan „revoziert" hat. In der politischen Mitte und auf der Linken hat Dr. Curtius nur noch wenige laue oder gar keine Freunde mehr, weil auch hier seine Haltung im Völkerbundrat Tadel findet. Er mußte nach außen hin auf sich nehmen, daß der Schritt Deutschlands hinaus aus dem Käfig von Versailles vergeblich und erfolglos getan worden ist. Und Erfolglosigkeit ist nun einmal der bitterste Tadel gegenüber einem Staatsmann, wobei im Urteil freilich oft unbeachtet bleibt, ob sie verschuldet oder unverschuldet ist.

Dr. Pr.

Der Existenzkampf der Landwirtschaft.

Erklärungen Schieles vor den Agrarministern.

In der in Anwesenheit des Reichskanzlers in der Reichskanzlei abgehaltenen Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder gab Minister Schiele einleitend einen Überblick über die agrarpolitische Entwicklung der letzten Jahre und legte seine Grundsätze für die künftige Agrarpolitik dar. Er führte u. a. aus:

Mit der Zollpolitik allein ist der Agrarkrise nicht beizukommen.

Akute Ursachen der nach wie vor anhaltenden und sich sogar noch weiter verschärfenden Agrarkrise liegen auf innerwirtschaftlichem Gebiet. Hieraus ergeben sich die Richtlinien für unsere künftige Agrarpolitik.

Bei den langfristigen Kapitalumschlägen in der Landwirtschaft ist ein

Zinsfuß

von 9 bis 15 Prozent und sogar darüber untragbar. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um dem Zinsproblem an den Nerv zu gehen. Die zweite große Aufgabe ist die

Ordnung der Absatzverhältnisse im eigenen Lande.

Die Sicherung des Absatzes durch staatliche Maßnahmen ist jedoch nur begrenzt möglich. Der Staat muß sich darauf beschränken, die Selbsthilfe der Landwirtschaft zu erleichtern. Der Minister richtete hierbei einen Appell an die Landwirtschaftsminister der Länder, die ihnen gegebenen Möglichkeiten des § 38 des Milchgesetzes tatkräftig auszunutzen. Neben der Organisation des Absatzes sei die

Finanzierung des Absatzes

dringender denn je. Der Minister legte seine Vorschläge zur Ausdehnung der Absatzfinanzierung und der damit verbundenen Zinsverbilligung für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Weidevieh, Kartoffeln, Wein, Obst, Tabak, Hopfen, Hülsenfrüchte dar. Die Verlängerung der Dauer der Zinsverbilligung ist gesichert.

Das Lagerscheingesetz,

das die Einführung der indossablen Lagerscheine für alle in Frage kommenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse ermöglicht, wird mit allen Mitteln forciert, um es alsbald in Kraft setzen zu können.

Alle Maßnahmen zur Regelung und Finanzierung des Absatzes sind dann unzureichend, wenn die Produktion nicht genügend nach Menge und Güte dem Verbrauch angepaßt wird. Die mit Erfolg von der Landwirtschaft vorgenommene

Umstellung in der Getreideproduktion

muß fortgeführt werden. Ich warne vor einer erneuten Ausdehnung der Roggenanbaufläche: der Weizenanbau muß auf seiner Höhe erhalten werden, notfalls unter Umstellung vom Sommer- auf den Winteranbau. Die Haferproduktion muß unbedingt weiter eingeschränkt werden. Dagegen sind der Anbau von Futtergerste und Leguminosen zu Futterzwecken sowie die Grünlandwirtschaft noch ausdehnungsfähig.

Das weitere Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Mangel an Mitteln für die Unterstützung der Erwerbslosen erfordern besondere Maßnahmen zur Sicherstellung der

Ernährung der Arbeitslosen

im bevorstehenden Winter. In Frage kommen in erster Linie die Bereitstellung von Brot oder Mehl, Kartoffeln und Brennstoffen, in zweiter Linie Fleisch oder Fett und Milch. Über allen technischen Schwierigkeiten muß der Wille stehen, die Versorgung der Erwerbslosen sicherzustellen. Der Minister richtete an die Länder die Aufforderung, zur Durchführung dieser Aufgabe mit der Reichsregierung Hand in Hand zu arbeiten.

*

Der deutsche Weizenkauf in Amerika abgeschlossen.

Das Farmamt bestätigt, daß es an Deutschland 7,5 Millionen Bushels (etwa 200 000 Tonnen) Weizen zu dem am 10. September gültigen Marktpreis verkauft habe.

Abrüstung mit Bremse.

Das alte Lied.

Italiens Vertreter Grandi hatte auf der Völkerbundtagung in Genf die Anregung gegeben, alle Staaten dieses Bundes sollten zunächst einmal sich ein ganzes Jahr hindurch jeder Rüstungsvermehrung enthalten; dann hatte der englische Vertreter mit größter Schärfe darauf verwiesen, daß die für den 2. Februar 1932 anberaumte Abrüstungskonferenz aller Staaten der Welt einfach nicht scheitern, nicht ergebnislos auseinanderlaufen dürfe. Nicht minder drastisch hatte er über die geradezu ungeheuren wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben und Nöte der Gegenwart deutlichste Worte darüber gesprochen, daß die Welt nur durch ein Zusammenwirken der Völker diese Krise überwinden könne. In beidem, der Abrüstung ebenso wie im Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise, ist in Genf bisher jedenfalls nichts erreicht worden und demgemäß ist die Weltkritik gegenüber dem Völkerbund nicht gerade mild.

Wie steht nun Frankreich zu dieser Kritik, zu jenen beiden Aufgaben? Briand selbst, der sich sozusagen zum „Pfleger" des Völkerbundes bestellt hat, antwortete auf die Kritik, antwortete auch auf Lord Cecils offene, mahnende Rede. Er antwortete aber nicht auf Grandis Vorschlag, der übrigens inzwischen zum offiziellen Antrag verdichtet worden ist. Mit einem kurzen Satz erwiderte Briand auch auf die heutigen wirtschaftlichen Aufgaben eines wirklichen Völkerbundes: „In finanziellen und wirtschaftlichen Dingen kann der Völkerbund nichts Konkretes schaffen." Das will Frankreich nämlich dem „Europa-Ausschuß" vorbehalten, nur konnte der bisher — auch nichts Konkretes schaffen.

Und die Abrüstungsfrage? Wertvoll für uns Deutsche ist die Erklärung Briands, daß diese Konferenz zu veranstalten eine Verpflichtung des Völkerbundes sei ebenso wie die Abrüstung selbst, — eine „heilige" Verpflichtung sogar. Aber diese Konferenz soll nun die alte französische Forderung der „Sicherung" verwirklichen, soll also die Aufgabe lösen, die man auf französisches Drängen 1926 im sog. Genfer Protokoll in Angriff nahm. Man hörte also in Genf jetzt wieder wie immer: Erst Sicherung, dann Abrüstung. Die bisherigen Friedens-, „Nichtangriffs", Schiedsgerichtspakte zwischenstaatlicher oder gar internationaler Natur genügen also den Franzosen nicht und wenn die Weltabrüstungskonferenz mit der Aufgabe, eine „genügende" Sicherung gegen jeden Krieg zu schaffen, noch vor der anderen, ihrer eigentlichen, betraut wird, dann wäre das die Verwirklichung des bisher immer gescheiterten französischen Planes, die Welt zum bündnismäßig festgelegten Garanten der Sicherheit Frankreichs zu machen, also des militärisch kräftigsten Staates der Welt.

Und wer garantiert die Sicherheit der Welt gegenüber Frankreich?

„Erst Sicherheit, dann Abrüstung!"

Sagt Briand vor dem Völkerbund.

Zu Beginn seiner Rede in der Vollversammlung in Genf führte Briand aus, daß er als Vertreter Frankreichs wie alljährlich auch dieses Mal wieder ein Glaubensbekenntnis zum Völkerbund ablegen wolle. Die Völker wollten heute den Völkerbund, und er sei zu fest gebaut, als daß er erschüttert werden könne. Man müsse die Möglichkeiten des Völkerbundes, die er habe, um die Kriegsmöglichkeiten auszuschalten, voll ausschöpfen.

Briand kam dann auf die

Frage der europäischen Union

zu sprechen. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten denjenigen, die die europäische Union wollten, vollkommen recht gegeben. Die Notwendigkeit sei klar erwiesen. Er wies ferner auf die Besuche der Staatsmänner in Paris, Rom und London hin, weiter auf den Besuch, der noch zwischen den deutschen und französischen Staatsmännern stattfinden werde. Alle diese Fühlungnahmen seien letzten Endes auf den Völkerbund zurückzuführen, der den Grund und Geist dazu geschaffen habe. Es sei wichtig, daß der universelle Charakter des Völkerbundes gewahrt bleibe. Es wäre verfehlt, wenn sich einzelne zusammenfinden wollten, um zu arbeiten. Briand wies dann auf die Ausführungen Lord Cecils hin, und erklärte, daß man gerade die moralischen Grundlagen nicht vernachlässigen dürfe. Zwei große Völker, Deutschland und Frankreich, suchten sich seit fünf Jahren zusammenzufinden, suchten sich neue Friedensgarantien zu geben und zu einer Annäherung zu gelangen. Er, Briand, selbst, sei einer der Baumeister dieser Annäherung, und er beglückwünsche sich dazu, denn diese Periode seiner öffentlichen Tätigkeit sei die ehrenvollste seines Lebens. Aber diese Zusammenarbeit sei nur möglich gewesen dank dem Völkerbund und mit Hilfe des Völkerbundes. Ohne Zweifel stoße die Arbeit der Annäherung auf

scharfe Kritik und Widerstand.

Die Staatsmänner seien heftiger Kritik und Schläge ausgesetzt. Er selbst habe dieses an sich erleben müssen, und diese Schläge

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF